

Beirat Mitte

Protokoll der Sondersitzung am 15.3.2012

Anwesend waren

vom Beirat

Michael Rüppel
Henrike Müller
Joachim Musch
Barbara Schwarz
Jürgen Schierholz
Jan Cassalette
Holger Ilgner
Birgit Olbrich
Monika Steinhauer
Viola Mull
Dirk Paulmann
Siegfried Wegner-Kärsten
Entschuldigt fehlte Jörg Windszus

vom Ortsamt

Robert Bücking - Vorsitz
Andrea Freudenberg - Protokoll

Gäste:

| | |
|-----------------------------|--|
| Herr Golasowski, Herr Eiken | Sen. für Umwelt, Bau und Verkehr |
| Herr Krämer | Sen. für Wirtschaft und Häfen |
| Herr Kögel | Lärmkontor GmbH Hamburg |
| Herr Prof. Dr. Greiser | Zentrum für Sozialpolitik - Universität Bremen |
| Frau Dr. Kaiser | Gesundheitsamt |
| Herr Dr. Müller | Sen. für Gesundheit |

Beginn: 19.00 Uhr

Ende: 21.15 Uhr

Thema:

Stellungnahme des Beirats zum Verkauf der für den Bau der Oldenburger Kurve erforderlichen Grundstücke und zum Lärmschutz an dem Streckenabschnitt der Bahn zwischen Weserufer und Bahnhof.

Auf dem Grundstück will die Bahn ein zweites Gleis in Richtung Oldenburg verlegen, um den Güterverkehr vom Jade-Weser-Port auffangen zu können.

Nach Eröffnung und Einleitung in die Thematik durch Herrn Bücking, werden die geladenen Gäste gebeten, ihre Stellungnahmen zur Planung vorzutragen.

Von Herrn Krämer wird mitgeteilt, dass der Jade-Weser-Port fristgerecht im August diesen Jahres in Betrieb gehe.

Damit werde der Verkehr stetig ansteigen. Bereits im Januar 2012 sei ein Zuwachs von 15 % im Containerbereich im Vergleich zum Januar 2011 zu verzeichnen.

Aus Bremerhaven passieren derzeit mehr als 500 Güterzüge pro Woche Bremen. Im Jahr 2025 sollen mindestens 770 Güterzüge pro Woche fahren.

Mit dem Sofortprogramm Seehafenhinterlandverkehr sei im Jahre 2008 vom Bund ein Programm mit Mitteln in Höhe von € 305 Mio aufgelegt worden. Davon seien € 33 Mio. für die Ertüchtigung des bremer Eisenbahnknotens vorgesehen. Die wichtigsten Maßnahmen seien das Gleis 1 und die Oldenburger Kurve.

Diese Maßnahmen würden die Kapazität des Bremer Eisenbahnknotens stark verbessern. Eine zeitnah realisierbare Alternative zur Oldenburger Kurve gebe es nicht. (siehe auch Homepage Ortsamt- Aktuelles)

Herr Rüppel stellt fest, dass der Beirat nicht gegen die Hafenwirtschaft sei und auch nicht dagegen, dass der Güterverkehr auf die Schiene verlegt werde. Aber die Bevölkerung müsse vor den Auswirkungen geschützt werden. Das bedeute wesentlich mehr aktiven und passiven Lärmschutz entlang der gesamten Strecke.

Seit vor zehn Jahren die europäische Umgebungslärmrichtlinie beschlossen wurde, werde die Verantwortung zwischen Bremen und dem Bund hin und her geschoben. Der Senat müsse Verhandlungen wegen des Lärmschutzes aufnehmen. Die Lärmrichtwerte sollten nicht nur für die Oldenburger Kurve gelten, sondern für die Gesamtstrecke.

Von Herrn Golasowski wird mitgeteilt, dass die beiden Ressorts Bau und Wirtschaft verabredet haben, über ihre Staatsräte mit der Bahn über geeignete Maßnahmen zum Lärmschutz zu verhandeln. Dieses Gespräch sei für den 26.3.2012 vereinbart.

Wie der Lärmschutz aussehen könnte, wird von Herrn Kögel am Beispiel der bestehenden Gleise in der Oldenburger Kurve und der Breitenwegbrücke erklärt.

Zwei Meter hohe Lärmschutzwände an den bestehenden Gleisen im Bereich Nicolaistraße wie auch Struckmannstraße würden bereits eine Lärminderung von 6-7 dB(A) ausmachen. Auch eine Entdröhnung der Brücken würde eine spürbare Reduzierung des Lärms von 8-9 dB(A) bringen. Ebenso Lärmschutzwände über die Brücke. Eine deutliche Lärminderung gegen das Quietschen der Räder in Kurven sei durch eine Gleisschmieranlage zu erreichen.

Das Ziel sollte sein, die gesundheits- gefährdenden Schallpegel auf ein erträgliches Maß zu reduzieren. (weitere Angaben siehe Homepage Ortsamt -Aktuelles)

Herr Prof. Dr. Greiser erforscht an der Universität Bremen die Auswirkungen von Lärm auf die Gesundheit. Bereits ein Dauerschallpegel von 40 dB(A) reiche aus, um Menschen krank zu machen. Lärmeinwirkungen haben bei Menschen einen hohen Einfluss auf die Häufigkeit von Herz- und Kreislauferkrankungen. Das habe er in einer Studie über die Auswirkungen von Fluglärm am Flughafen Köln-Bonn festgestellt. Fluglärm habe nach seiner Ansicht Ähnlichkeit mit Schienenverkehr. Der Lärm trete plötzlich mit einem hohen Pegel auf, dauere dann eine Weile, um dann plötzlich wieder abzufallen.

Der stärkste Lärm gehe von Güterzügen aus, die dann auch noch überwiegend nachts fahren.

Gegenwärtig führe er eine epidemiologische Studie zum Einfluss von Bahnlärm, Fluglärm und Lärm von Autobahnen auf die Bevölkerung durch. Die Studie soll bis Ende 2012 abgeschlossen sein. Zurzeit werde mit den Datenschutz verhandelt, weil man auf Daten der Krankenkassen zurückgreifen möchte.

Es könne aber gesagt werden, dass die Hälfte der Bremer Bevölkerung von Lärm mit Werten von über 45 dB(A) betroffen sei.

Herr Musch erläutert den vorliegenden Beschlussantrag des Beirates und bezieht sich insbesondere auf die Maßnahmen-Punkte 1 bis 7:

Die DB Netze plant den Bau eines etwa 800 Meter langen neuen Gleises zwischen dem Bahnhof und dem Brückenbauwerk Breitenweg - die sogenannte Oldenburger Kurve. Hintergrund ist die beabsichtigte Ertüchtigung des Bremer Eisenbahnknotens. Die DB spricht von der "einmaligen Möglichkeit die Eisenbahninfrastruktur im Knoten Bremen kapazitiv und qualitativ zu verbessern"

Um die Oldenburger Kurve bauen zu können, muss das Projekt planfestgestellt werden. Die Unterlagen für dieses Verfahren, insbesondere die Einwendungen aus den verschiedenen Anhörungen, und die Stellungnahme der Planfeststellungsbehörde

liegen zurzeit beim Eisenbahn-Bundes-Amt. Eine Entscheidung des EBA liegt noch nicht vor.

Die DB Netze mahnt dennoch zur Eile und fordert Klarheit bezüglich des Verkaufs der Grundstücke, die für den Bau des neuen Gleises von der Stadt Bremen erworben werden sollen. Die Wirtschaftsförderungsgesellschaft hat deshalb den Beirat Mitte gebeten, zu diesem Verkauf gemäß § 9 Abs 1 Ortsgesetz über Beiräte und Ortsämter Stellung zu nehmen.

Der Beirat lehnt den Verkauf der Grundstücke ab, solange die Wohngebiete Struckmannstraße in Walle, Stephani und Doventor in Mitte und die Wohngebäude an der Plantage in Findorff keinen substanziell verbesserten Lärmschutz erhalten. Für ebenso bedeutsam hält der Beirat den Schutz der Bildungseinrichtungen neben der Bahn.

Der Beirat erwartet von den zuständigen Senatoren die Aufnahme von Verhandlungen mit der Bahn und dem Bundesministerium für Verkehr, um gemeinsam dieses Problem zu lösen.

Im Einzelnen geht es dabei um folgende Punkte:

1. Aktiver Lärmschutz zur Abschirmung des Gewerbegebietes und der Wohngebäude an der Plantage.
2. Aktiver Lärmschutz an beiden Gleisen über den Breitenweg, um das Wohngebiet Struckmannstraße und das Doventor zu schützen
3. Aktiver Lärmschutz zur Abschirmung des südlichen (alten) Astes der Oldenburger Kurve vom Brückenbauwerk Breitenweg bis zum Beginn der Bebauung (Papageien-Haus)
4. Passiver Lärmschutz soweit erforderlich für die Gebäude der Erwachsenenerschule, des Fortbildungszentrums und des Arbeitsamtes (unter Berücksichtigung der Belange des Denkmalschutzes)
5. Fortführung der bereits versprochenen Lärmschutzwand für das Stephaniquartier über die Brücke über die Eduard-Schopf-Allee
6. Die von der DB Netze am Rande der Anhörung für das Planfeststellungsverfahren angekündigte Lärmsanierung durch eine Lärmschutzwand parallel zur Nikolaistraße (wie unter 5 erwähnt) und zum Schutz des Stephaniquartiers müssen verbindlich finanziert werden und gleichzeitig mit dem Bau der Oldenburger Kurve errichtet werden
7. Sowohl im Bereich der alten, wie der neuen Oldenburger Kurve sind Anlagen zur Schmierung der Gleise einzurichten, um das „Kurvenquietschen“ zu reduzieren.

Der Beirat unterstützt die Forderungen der Unternehmen in der Überseestadt, die eine Abschirmung der Gleise nach Westen fordern und darauf aufmerksam machen, dass die wertvollen öffentlichen Räume am Weserufer, die mit viel bremischem Geld hergerichtet wurden, durch den Eisenbahnlärm in ihrer Brauchbarkeit drastisch eingeschränkt werden.

Diese 7 Punkte wurden vom Beirat und anderen Beteiligten im Rahmen der Anhörungen zum Planfeststellungsverfahren für die Oldenburger Kurve bereits vorgetragen.

Die für den Gesundheitsschutz, die Stadtplanung und den Emissionsschutz zuständigen Träger öffentlicher Belange haben gemeinsam mit dem Beirat gefordert,

die Maßnahmen für den Lärmschutz in diesem Gebiet nicht auf den Bereich des Neubaus der Oldenburger Kurve zu beschränken, sondern, ausgehend vom Gesamtlärm der Bahn auf dieser Strecke, umfassenden Lärmschutz für die Wohngebiete neben der Bahn zu bauen.

Der Beirat vertritt deshalb die Auffassung, dass diese 7 Punkte zum Bestandteil des Planfeststellungsverfahrens werden müssen, wenn sie rasch rechtsverbindlich werden sollen. Dies kann durch einen Nachtrag der DB Netze zum Antrag auf Planfeststellung für die Oldenburger Kurve an das EBA geschehen.

Der Beirat klagt zeitgleich gegen die Planfeststellung für Gleis 1. Gleis 1 ist ein weiteres Element der Ertüchtigung des Bremer Knotens. Das Klageziel des Beirats ist die Entlastung des Bahnhofs von dem Lärm der Güterzüge. Der Beirat hält insbesondere die Reduzierung der Geschwindigkeit der Güterzüge im Bereich des Bahnhofs für geeignet, dieses Ziel zu erreichen. Eine außergerichtliche Einigung könnte diesen Rechtsstreit beenden.

Der Beirat beschließt die Einleitung eines Einigungsverfahrens nach § 11 Ortsgesetz über Beiräte und Ortsämter und wird den Punkt auf seiner Sitzung am 16.4.2012 erneut auf die Tagesordnung setzen.

Der Beirat beantragt vorsorglich beim Bürgerschaftspräsidium, für den Fall, dass es auf der nächsten Sitzung des Beirats nicht gelingt das Einvernehmen für den Grundstücksverkauf auf der Grundlage eines verbesserten Lärmschutzes zu erreichen, den Punkt auf die Tagesordnung der Bürgerschaft am 24.4.2012 zu setzen und den Beirat zur Beratung einzuladen.

In diesem Zusammenhang bittet der Beirat die Bürgerschaftsparteien darum, dass die Wirtschaftsdeputation / der Haushaltsausschuss den Sachverhalt nicht behandeln, bevor die Bürgerschaft das Thema beraten hat.

Solidarität erhält der Beirat von Vertreter_innen der Beiräte aus dem Bremer Westen und auch aus Schwachhausen und der Östlichen Vorstadt.

Herr Jacob erklärt, dass sich der Beirat Findorff hinter die Forderungen des Beirates Mitte stelle und in seiner heute stattfindenden Sitzung einen entsprechenden Beschluss fassen werde. Die Wohngebiete an der Bahnstrecke müssten wirksam gegen den Lärm geschützt werden. Für Findorff sei die Abschirmung der Plantage wichtig.

Herr Heck bedankt sich beim Beirat und Ortsamt für das Engagement und richtet die Frage an den Senat, ob er die Gesundheitsgefahren für die Bevölkerung verantworten könne?!

Der Beirat Walle werde ebenfalls die Forderungen des Beirates Mitte unterstützen. Auch im Stadtteil Walle seien viele Anwohner betroffen. Die Notwendigkeit mehr Güter auf die Schiene zu bringen werde nicht in Frage gestellt. Dies dürfe aber nicht zu einer Mehrbelastung der Anwohner durch Lärmemission der Bahn führen.

Frau Dr. Sörgel teilt mit, dass der Beirat Östliche Vorstadt die Forderungen des Beirates Mitte nach Lärmschutz an der Oldenburger Kurve unterstütze. In einem einstimmig gefassten Beschluss werde u. a. begrüßt, dass eine Zustimmung zum Verkauf der betreffenden Grundstücke an Zugeständnisse im Lärmschutz geknüpft werde.

Die von Grünen-, SPD- und CDU-Fraktion erschienenen Bürgerschaftsabgeordneten sprechen sich für Lärmschutzmaßnahmen aus. Der Bahnlärm sei eine zentrale gesundheitliche Herausforderung und Bremen sei hier in der Verantwortung. Es müssten deutliche Zeichen gesetzt werden und dem Bahnlärm höherer Stellenwert zugemessen werden.

Aus der Bevölkerung kommen Vorschläge, etwas gegen die Erschütterungen durch vorbeifahrende Güterzüge zu unternehmen. Hier müsse die Bahn in die Verpflichtung genommen werden.

Von der Stephanibrücke gehe enormer Lärm aus, wenn Güterzüge die Weser überqueren, berichtet ein Anwohner aus dem Stephaniviertel. Dazu teilt Herr Bücking mit, dass zur Stephanibrücke ein gesondertes Gutachten in Auftrag gegeben worden sei.

In der Diskussion wird von Beiratsmitgliedern auf den Beschlussantrag verwiesen. Der Schutz der Anwohner sei ein hohes Gut und im Sinne der Stadtentwicklung sei ein bewohnbarer Stadtteil sehr wichtig. Unter den jetzigen Bedingungen könne einem Verkauf von Grundstücken nicht zugestimmt werden.

Die nächsten Schritte:

Am 16.4.2012 wird der Beirat über die Ergebnisse der Verhandlungen beraten.

Für den Fall, dass es am 16.4.2012 nicht gelingt, das Einvernehmen für den Grundstücksverkauf auf der Grundlage eines verbesserten Lärmschutzes zu erreichen, beantragt der Beirat eine Behandlung in der Bürgerschaft am 24.4.2012.

Abstimmung im Beirat:

Dem Beschlussantrag wird vom Beirat einstimmig zugestimmt.

Vorsitz:

Sprecher:

Protokoll:

Bücking

Rüppel

Freudenberg